Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint wochentäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die 8obengespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 300 000 Mark, auswärtige Anzeigen 400 000 Mk., amtliche Zeile 675 000 Mk., Reklamepetitzeile 1 125 000 Mark. — Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1066

Nr. 200 — Sonnabend, den 8. September 1923 — 18. Jahrgang

Politische Wochenschau.

Von Dr. Külz, M. d. R.

Wir haben in den letzten Jahren im weltpolitischen Geschehen soviel an Groteskem erlebt, daß manchem das kaum noch auffällt, was jetzt Italien der Welt vorführt. In Genf tritt der Völkerbund zusammen, und von Korfu her schießen ihm italienische Schiffsbatterien mit ihren Mündungen auf die wehrlose Insel gerichtet den Begrüßungssalut als sichtbares und hörbares Zeichen der „friedlichen Maßnahmen", die Italien damit gegen Griechenland ausführt. Man sieht, Poincare hat Schule gemacht, als er die Besetzung des Ruhrgebietes als Beginn einer freundschaftlichen Aktion gegen Deutschland bezeichnete. Der sacro egoismo der Italiener wird dem Völkerbund noch manches Kopfzerbrechen verursachen, und es wird nicht ohne Reiz sein, zu sehen, wie England und Frankreich sich endgültig mit diesem Vorgehen ihres Verbündeten abfinden werden, das sich vielmehr gegen sie selbst als gegen Griechenland richtet. Korfu als italienische Flotten- und Unterseebootstation ist den Franzosen in ihrer erstrebten maritimen Alleinherrschaft im Mittelmeer genau so unbequem, wie den Briten auf ihrem Weg nach dem nahen Osten. Der Schachzug der griechischen Regierung, den Völkerbund anzurufen, war nicht ungeschickt. Der Völkerbund sieht sich damit erstmalig vor die Lage gestellt, seine Autorität oder seine Ohnmacht gegenüber einem ausgebrochenen kriegerischen Konflikt der Welt zeigen zu müssen. Das Ergebnis wird nicht ohne Einfluß für die Einstellung sein, die für Deutschland hinsichtlich seines etwaigen Beitrittes zum Völkerbund gegeben ist. Was über die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit unseres Beitrittes zu sagen ist, findet sich in einem Sonderheft der „Hilfe" in ausgezeichneten Einzelabhandlungen zusammengetragen. Gegenwärtig stehen freilich für uns dringendere Aufgaben auf der Tagesordnung.

Unser Wirtschaftsleben wird von Fiebererscheinungen erschüttert, wie sie wilder kaum gedacht werden können. Es ist eine atemraubende Entwicklung, die sich vor unseren Augen vollzieht, und die Frage wird immer banger, ob es überhaupt noch möglich sein wird, die letzte Katastrophe zu vermeiden. Das deutsche Volk wartet auf entscheidende Taten der Reichsregierung. Noch hat der genialste dialektische Höhenflug des Reichskanzlers den Höhenflug des Dollars nicht aufzuhalten vermocht. Wird das Kabinett Stresemann seinen Worten die rasche und entschlossene Tat folgen lassen?

Man muß es dem neuen Kanzler lassen, daß er ausgezeichnet auf dem Instrument der öffentlichen Meinung zu spielen versteht und daß er sich als Meister der Regie auf der politischen Bühne zeigt. Als Auftakt läßt er seinen Reden zunächst eine solche eines Ressortministers vorausgehen: Hilferding wurde für die Finanzen, Raumer für die Wirtschaftsfragen vorgeschickt und dann zieht der Kanzler selbst alle Register seiner glänzenden rednerischen Begabung, die vom heroischen Pathos bis zum weichsten Moll gefühlsmäßiger Lyrik reichen. Das allein würde den Reden freilich keinen dauernden und entscheidenden Wert geben, wenn sie nicht auch vom politischen Ethos und realpolitischer Zielsetzung erfüllt wären. Von der Stuttgarter Kanzlerrede kann man das sagen. In äußerst wirkungsvoller Aufmachung gibt sie die politischen Erfordernisse wieder, die vor allem von demokratischer Seite, und auch an dieser Stelle schon seit Monaten als Notwendigkeit einer Gesundung betont worden sind, und sie übernimmt zum Teil sogar den Wortlaut dieser Forderung, so z. B. dort, wo sie von der Wehrpflicht des Besitzes spricht. Mit besonderer Genugtuung ist es zu begrüßen, daß der Kanzler auch den von uns als allein gangbar bezeichneten Weg der wirtschaftlichen Verständigung mit Frankreich zu beschreiten versucht. Gerade diese Haltung des Kanzlers wird, wie vorauszusehen war, in Frankreich besonders beachtet. Wohl spottet der „Matin" über die Fülle von Verklausulierungen und versteckten Wendungen in der Stresemannschen Rede, aber „Echo National" kennzeichnet in der Ueberschrift eines Artikels die Rede mit dem Stichwort: „Kanzler Stresemann ist zu einem wirtschaftlichen Zusammenschluß mit Frankreich bereit", und das „Petit Journal" glaubt, daß die Rede des Kanzlers eine neue Aera der Reparationspolitik eröffne. Wir wollen es unsererseits erhoffen, trotz allem, was hinter uns liegt und trotz allem, was auch in der letzten Zeit der französische Sonntagsredner und Ministerpräsident an Gift gegen Deutschland verspritzt hat. Von heute zu morgen wird freilich eine solche Politik nicht zu einer befreienden Wirkung führen. Deswegen müssen wir nach wie vor mit allem nur erdenkbarem Aufwand an Energie unsere eigenen Verhältnisse zu konsolidieren suchen, soweit es unter dem Druck der Ruhrbesetzung überhaupt noch möglich ist.

Der Kanzler hat die Gebote der Stunde klar erkannt und ebenso klar umschrieben: Neuaufbau der deutschen Währung, Opfer des Besitzes, in ganz anderem Umfang als sie bisher in Anspruch genommen worden sind, Ueberarbeit für das allgemeine Wohl, da, wo lebenswichtige Notwendigkeiten vorliegen. Der Kanzler scheint bereit, den Worten die Tat folgen zu lassen. Dem deutschnationalen Ruf nach dem Diktator setzt er die Notwendigkeit der Diktatur der Mehrheit des Parlamentes entgegen, und er trifft damit das Entscheidende insofern, als der Wille der Regierung zu raschem, entschlossenen Handeln in dem gleichen Willen des Parlamentes sein Gegenstück finden muß. Viel Zeit haben beide nicht mehr zu verlieren.

Die Zersetzungserscheinungen der deutschen Wirtschaft mehren sich täglich. Die Erwerbslosigkeit nimmt einen erschreckenden Umfang an. Der Kanzler verlangt produktive Erwerbslosenfürsorge. Es gibt aber nur eine wirklich durchgreifende produktive Erwerbslosenfürsorge, das ist die Belebung der deutschen Wirtschaft die nur angebahnt werden kann, wenn das Reich die vom Kanzler vorgezeichneten wirtschaftspolitischen Bahnen beschreitet, die letzten Endes aber erst dann wirklich erreicht werden kann, wenn der Hauptausgangspunkt unserer wirtschaftlichen Not und Bedrängnis, das wirtschaftlich lahmgelegte, unsere finanzielle Leistungsfähigkeit voll aufsaugende Ruhrgebiet wieder zu einem wirtschaftlichen Kraftzentrum wird.

Angesichts der Tatsache, daß unsere ganze politische Energie gerade jetzt auf unsere Selbsterhaltung eingestellt sein muß, erscheint das Bedürfnis der gegenwärtigen sächsischen Regierung, sich auch weiterhin an der Reichsregierung zu reiben, besonders klein. Nachdem Cuno kein Angriffsobjekt mehr bieten kann, muß Geßler herhalten. Schon aus Gründen der Parteidisziplin ist es unverständlich, daß der sozialdemokratische Ministerpräsident eines Einzelstaates Front macht gegen einen Minister, der von seiner eigenen Partei im Reiche akzeptiert worden ist. Wohin soll eine solche Taktik führen? Und weiter: wohin soll es führen daß die Sozialdemokratie als solche einen schweren Abwehrkampf gegen die Kommunisten führt, daß aber die sächsische Regierung nach wie vor glaubt, in denselben Kommunisten eine Stütze finden zu können? Wer die kommunistischen Ziele an ihrer Ursprungsquelle, in Rußland verfolgt, der weiß, daß der Bolschewismus, der in Rußland die menschewistische Sozialdemokratie in geradezu bestialischer Weise vernichtet hat, jetzt den Zeitpunkt für gekommen hält, ein Gleiches in Deutschland vollbringen zu können. Die Petersburger „Krasnaja Gazeta" schrieb jüngst, daß die kommunistische Partei gerüstet sein müsse für den Moment, in dem die Ohnmacht der Stresemannregierung offenbar geworden sei: dann sei der entscheidende Moment für die Weltrevolution da, und das Plenum der Moskauer Sowjets ruft alle Arbeiter und Soldaten der roten Armeen auf, die deutschen Arbeiter zu unterstützen. Glaubt man, daß diese Unterstützung der Förderung der Sozialdemokratie gilt? Uns will es scheinen, als ob es auch für die sächsische Regierung, selbst vom Standpunkt der Sozialdemokratie aus gesehen, weit wichtigere Aufgaben zu erfüllen gäbe, als der von der Sozialdemokratie selbst im Reiche etablierten Koalitionsregierung Schwierigkeiten zu bereiten. Mit diesen Auseinandersetzungen muß Schluß gemacht werden. Gewinnt der Reichskanzler die Ueberzeugung, daß der Reichswehrminister Maßnahmen getroffen hat, die für die Reichsregierung nicht tragbar sind, so hat er aus eigener Initiative die Konsequenz zu ziehen, andernfalls muß von Berlin aus ein Machtwort gesprochen werden, um dem für einen Bundesstaat schlechthin unwürdigen Zustand ein Ende zu bereiten.

Die Unfähigkeit des Völkerbundes.

Verzögerung aber keine Lösung.

Die Antwort des Völkbundsrates.

Der Völkerbundsrat nahm von der Resolution der Botschafterkonferenz Kenntnis und beriet das Antwort-Telegramm, das der spanische Vertreter Quinones de Leon abgefaßt hatte. Der erste Teil des Schreibens hat folgenden Wortlaut:

Der Rat nimmt Kenntnis von der Mitteilung der Botschafterkonferenz und stimmt ihr grundsätzlich zu, daß die Staaten für die auf ihrem Gebiet begangenen Verbrechen verantwortlich sind. Er spricht die Absicht aus sich im Einvernehmen mit der Botschafterkonferenz mit dem Studium der Untersuchungsmodalitäten zu befassen. Er würde sich freuen, wenn er über die Beratungen, die die Botschafterkonferenz am Freitag abhält, auf dem laufenden gehalten würde.

Der zweite Teil des Entwurfs hat folgenden Wortlaut: Der Rat wünscht außerdem, der Untersuchungskommission der Botschafterkonferenz folgende Anregungen als mögliche Genugtuung für ihre Reparationsforderungen an Griechenland zu unterbreiten:

1. Entschuldigungen, die von den höchsten griechischen Behörden den Gesandten der drei in der Grenzfestsetzungskommission vertretenen Mächten übermittelt werden sollen.
2. Trauergottesdienst in Athen.
3. Begrüßung der italienischen Flotte.
4. Militärische Ehrenbezeugungen bei Einschiffung der Leichen.
5. Ernennung einer Untersuchungskommission durch die griechische Regierung. Dieser Kommission sind Vertreter der drei interessierten Mächte zuzuteilen.
6. Ernennung von Vertretern des Völkerbundes um die von den griechischen Behörden anbefohlene gerichtliche Untersuchung, sowie die Aburteilung der Schuldigen zu überwachen.
7. Sofortige Hinterlegung von 50 Millionen Lire durch Griechenland bei einer schweizerischen Bank, um die sofortige Auszahlung der später festzustellenden Entschädigung zu garantieren.
8. Dem internationalen ständigen Gerichtshof ist die Frage der von Griechenland zu zahlenden Entschädigung zu überlassen.

Dieser Gesamtabschnitt des Antwortprojektes wurde auf Salandras Forderung zurückgestellt und soll erst den Regierungen zugehen, um später zur Verhandlung im Rate zu gelangen. Salandra lehnte ihn ab, weil die Festsetzung der von Griechenland zu leistenden Wiedergutmachung erst möglich sei, nachdem die Untersuchung abgeschlossen sei und weil die Tatsache, daß der Rat Anregungen an die Botschafterkonferenz gab, bereits als Eintritt in die Sache selbst ausgelegt werden könnte was Italien ablehnen müsse, da es die Kompetenz des Völkerbundes bestreite. Der Rat beschloß die Frage, ob der Völkerbund für den griechisch-italienischen Konflikt zuständig sei, noch nicht zu entscheiden, sondern einer späteren Ratssitzung vorzubehalten.

Im Laufe der Debatte erklärten jedoch Lord Robert Cecil-England, Hymans-Belgien, Branting-Schweden und Guahi-Uruguai, daß für ihre Regierungen kein Zweifel über die Zuständigkeit des Völkerbundes bestehe. Branting-Schweden forderte dabei als einziger, daß ebenfalls eine schnelle Lösung der Frage der Räumung der von Italien besetzten Gebiete gefunden werden müsse. Hanotaux-Frankreich ging nicht auf die Kompetenzfrage ein, sondern verlangte nachdrücklich eine Vertagung der Debatte und schließlich Weiterberatung in „geheimer" Sitzung.

Die Völkerbundsversammlung ist auf nächsten Montag vertagt worden; über die nächste Versammlung des Völkerbundsrates ist noch nichts bekannt.

Weitere Besetzungen durch die Italiener.

Die Inseln um Korfu in italienischen Händen.

Die Besetzung Korfus wurde ausgebaut, indem die nordwestlich gelegenen Felseninseln Samothrake, Fano und Marleo okkupiert wurden, so daß der ganze Archipel um Korfu nunmehr in italienischer Hand und der ganze Seeverkehr zu kontrollieren ist. Die Bevölkerung, die nur wenige Tausend Köpfe zählt, ist ruhig. Paxos wurde mit einer stärkeren Besatzung als dem bisherigen Marineposten belegt, weil es als einzige Insel dieses Archipels Wasser hat.

Italienische Zwangsmaßnahmen auf Korfu.

Aus Korfu wird gemeldet: Der griechische Gendarmerieinstrukteur wurde seines Amtes enthoben. Die Gendarmerieschule und die Zivilpolizei wurden von den Italienern aufgelöst. In Rom erklärte man — der „Agenzia Stefani" zufolge — die Haltung Griechenlands nicht verstehen zu können, weil Italien und Griechenland sich nicht im Kriegszustande befänden und auch der Kriegsgefahrenzustand nicht bestehe. Italien habe immer betont, daß die Besetzung Korfus friedlichen Charakter hat und daß Griechenland nur gezwungen werden solle, Genugtuung für die Ermordung der italienischen Mission zu leisten.

Italien will Fiume einstecken.

Die Berichte über die Verhandlungen mit Italien in der Frage von Fiume lauten sehr ungünstig. Man glaubt nicht, daß es zu einer Verständigung kommen wird, so daß ein Schiedsspruch des schweizerischen Bundespräsidenten unvermeidlich erscheint. Das Blatt „Po-